

Schweigepflicht des Rettungsdienstpersonals

1. Das Rettungsdienstpersonal unterliegt der Schweigepflicht. Diese ist auch gegenüber Behörden zu beachten.
- 1.1 Die Schweigepflicht erfasst alle personenbezogenen Daten, von denen das Rettungsdienstpersonal bei seiner Tätigkeit Kenntnis erlangt. Dazu gehören nicht nur Diagnose, Therapie und Transportziel, sondern alle den Kranken betreffenden Daten, wie Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Arbeitgeber, Versicherung sowie sonstige Tatsachen, an deren Geheimhaltung der Patient ein Interesse hat.
- 1.2 Hinsichtlich der Mitteilung von Anlass, Ort und Zeit des Einsatzes ist zu unterscheiden:
 - Bei Unfällen oder Verletzungen im häuslichen oder familiären Bereich fallen auch diese Angaben (wie die personenbezogenen Daten) unter die Schweigepflicht;
 - dagegen unterliegen diese Angaben bei Unfällen oder Verletzungen im öffentlichen Bereich (z.B. Verkehrsunfälle, Betriebs- und Arbeitsunfälle) nicht der Schweigepflicht.
2. Eine Verletzung der Schweigepflicht ist nach § 203 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bedroht. Personenbezogene Daten oder andere der Schweigepflicht unterliegende Angaben dürfen nur weitergegeben werden, wenn das Rettungsdienstpersonal zur Offenbarung befugt oder verpflichtet ist. Hierbei sind folgende vier Fälle zu unterscheiden:
 - 2.1 Einwilligung des Patienten

Diese Einwilligung kann ausdrücklich oder durch schlüssiges Verhalten erklärt werden. Dazu gehören u. a. die Fälle der Abrechnung mit den Kostenträgern und die Information der Krankenhäuser zur Weiterbehandlung des Patienten. Wenn der Patient es verlangt, sind auch die Polizei und sonstige Behörden zu verständigen und die notwendigen Informationen zu übermitteln.
 - 2.2 Mutmaßliche Einwilligung des Patienten

Von ihr ist auszugehen, wenn die Offenbarung im Interesse des Patienten liegt und seine Einwilligung nicht oder nicht rechtzeitig eingeholt werden kann, z.B. bei Bewusstlosigkeit des Patienten.

Die Weitergabe liegt grundsätzlich immer dann im Interesse des Patienten, wenn sie dazu dient, seine Rechte zu wahren. Davon ist in der Regel auszugehen, wenn der Patient durch einen Verkehrsunfall oder eine strafbare Handlung verletzt wurde. In diesen Fällen ist eine Weitergabe der erforderlichen Daten an die Polizei oder sonstige Behörden durch die mutmaßliche Einwilligung gedeckt. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz kann angenommen werden, wenn besondere Umstände ein entgegenstehendes Interesse des Patienten vermuten lassen (z. B. Verletzungshandlung durch einen Angehörigen).

2.3 Offenbarung nach einer entsprechenden Güterabwägung

Ist die Offenbarung erforderlich, um ein Ziel zu erreichen, das höher zu bewerten ist als das Interesse des Kranken an der Geheimhaltung, können die personenbezogenen Daten weitergegeben werden. Dazu gehören insbesondere die Fälle, in denen sich das Rettungsdienstpersonal in Straf oder Zivilprozessen gegen den Vorwurf eines fehlerhaften Tätigwerdens zur Wehr setzen muss oder in denen es zur Ausübung seiner Tätigkeit polizeilichen Schutz benötigt. Dazu können nach konkreter Abwägung auch die Fälle gehören, bei denen eine Offenbarung zur Abwendung ernstlicher Gefahren für Leib und Leben des Patienten oder Dritter erforderlich ist.

2.4 Offenbarung bei gesetzlicher Verpflichtung

Hier kommt zur Offenbarungsbefugnis die Verpflichtung zur Weitergabe der personenbezogenen Daten hinzu. In Betracht kommen insbesondere Pflichten nach den § 3ff. des Bundes-Seuchengesetzes, § 138 StGB (Anzeige bevorstehender Verbrechen) sowie die Verpflichtung zur Aussage vor der Staatsanwaltschaft (§161a StPO) und den Strafgerichten.

Eine Aussagepflicht im Strafverfahren besteht nicht, wenn sich das Rettungsdienstpersonal auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen kann. Dies setzt voraus, dass das Rettungsdienstpersonal den Einsatz zusammen mit einem die Notfallbehandlung leitenden Arzt, d. h. als sein Gehilfe durchgeführt hat (§ 53a Abs. 1 Satz 1 StPO). In diesem Fall hat das am Einsatz teilnehmende Rettungsdienstpersonal ein vom Arzt abgeleitetes Zeugnisverweigerungsrecht, über dessen Ausübung allerdings der Arzt entscheidet, es sei denn, seine Entscheidung kann in absehbarer Zeit nicht herbeigeführt werden (§ 53a Abs. 1 Satz 2 StPO).

Fand dagegen der Einsatz ohne Beteiligung eines die Notfallbehandlung leitenden Arztes statt, hat das Rettungsdienstpersonal im Strafverfahren kein Zeugnisverweigerungsrecht.

3. Beschlagnahme von Unterlagen bei der Rettungsleitstelle

Das Leitstellenpersonal unterliegt der Schweigepflicht entsprechend den oben genannten Grundsätzen. Da es jedoch nicht als Gehilfe des Arztes tätig wird, hat es im Strafverfahren auch kein von ihm abgeleitetes Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53a StPO. Daraus folgt, dass Unterlagen der Rettungsleitstellen nicht unter den Schutz des § 97 StPO fallen und daher grundsätzlich beschlagnahmt werden können. Die Frage inwieweit die Beschlagnahme von Unterlagen möglich ist, die in Zusammenhang mit der Vermittlung des Kassenärztlichen Notfalldienstes anfallen, bleibt hiervon unberührt.